Haushaltsrede 2024

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Fürth-Stadt

Kamran Salimi – Fraktionsvorsitzender

Große Überraschungen wird es bei den heutigen Haushaltsberatungen wohl nicht geben, denn eigentlich ist schon alles mehr oder weniger entschieden. Bereits im Vorfeld wurden richtungsweisende Entscheidungen getroffen. So wurden beispielsweise die Gebühren für die städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen deutlich erhöht. Je nach Anzahl und Alter der Kinder müssen junge Familien in Fürth nun bis zu 40 Prozent mehr für die Betreuung ausgeben als noch vor 2 Jahren. Das ist eine enorme Zusatzbelastung für die Familien – bei gleichzeitiger Inflation und Energiepreissteigerungen. Ein weiterer Schritt Richtung Sozialabbau, der ebenfalls bereits im Stadtrat beschlossen wurde, ist die Absenkung der Zuschüsse zum Sozialticket. In beiden Fällen haben wir als Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN damals im Stadtrat dagegen gestimmt – und werden es heute bei den Haushaltsberatungen wieder machen. Stattdessen wollen wir weiterhin den Zuschuss zum Sozialticket auf dem bisherigen Niveau halten, wenn schon die Ticketpreise z.B. für das Deutschlandticket steigen. Wir finden, das ist ein vernünftiger Kompromiss, der den finanziellen Spielraum der Anspruchsberechtigten nicht zu sehr einschränkt und ihnen weiterhin eine gute Mobilität ermöglicht. Das kostet die Stadt zwar ca. 500.000 Euro – da haben wir allerdings einen Vorschlag, um das mittelfristig zu kompensieren – doch dazu später mehr.

Der Haushaltsentwurf sieht erneut keine Nettoneuverschuldung vor – wie in den letzten 12 Jahren. Schuldenabbau ist sicherlich das viel zitierte Gebot der Stunde – aber eben nicht um jeden Preis. Denn man kann sich auch im wahrsten Sinne des Wortes totsparen. Wir erleben aktuell die Diskussion auf Bundesebene um die Schuldenbremse. Alle demokratischen Parteien sind sich inzwischen einig, dass notwendige Investitionen in die Zukunft trotz Schuldenaufnahme die deutlich bessere Alternative darstellen, als den Konjunkturmotor und die damit verbundene Wirtschaftsleistung weiter durch finanzielle Bremsen in ihrer Dynamik abzuwürgen. Wir haben diesen Widerspruch schon seit längerem gesehen und immer wieder angesprochen – nicht erst seit diesem Jahr. Wir müssen weiterhin in Bildung, Infrastruktur und ÖPNV investieren, in den (sozialen) Wohnungsbau, die ortsansässige Wirtschaft und soziale wie kulturelle Einrichtungen. Sonst hinterlassen wir der nächsten Generation ein marodes Land.

Wir müssen auch in unser Klinikum investieren. Den Beschäftigten des Klinikums ist durchaus bewusst, dass die Stadt nicht auf Dauer Defizite in zweistelliger Millionenhöhe ausgleichen kann. Der unfreiwillige Rettungsschirm „Kommune“ ist – nicht nur in Fürth, sondern in fast allen deutschen Städten – eine zunehmende Belastung, mit der die Kommunen nicht mehr allein gelassen werden dürfen. Es braucht eine zeitnahe Konvergenzphase mit Zwischenfinanzierungen der Krankenhäuser, bis die nun beschlossene Krankenhausreform sich auch finanziell auszahlt. Und – auch das sage ich hier ganz klar in Richtung München – es braucht endlich eine Planungshoheit auf Landesebene, die den Kliniken Planungssicherheit bietet – und damit auch für die Kommunen eine größere finanzielle Sicherheit. Die bisherige Verweigerungshaltung der bayerischen Staatsregierung ist hier nicht nur völlig ungemessen – sie ist vor allem auch völlig kontraproduktiv für die kommunalen Haushalte aller Gemeinden und Städte, gefährdet das Gesundheits- und Rettungswesen nachhaltig – und strapaziert letztendlich vor allem die Bevölkerung und die Beschäftigten. Nur mit dem Engagement des Personals – auch oder gerade hier am Klinikum Fürth – konnte das geplante Defizit dieses Jahr deutlich gesenkt und somit der städtische Haushalt entlastet werden. Dass dies auf Dauer nicht

funktioniert, ist wahrscheinlich jedem der hier Anwesenden klar. Deshalb braucht es hier bald wieder eine Entlastung für das Personal!

Was wir anerkennend wahrnehmen, ist, dass im Gegensatz zu anderen Städten in Fürth zumindest bei den meisten Kulturschaffenden bzw. deren Einrichtungen keine Kürzungen vorgenommen werden. Allerdings stehen viele dieser Einrichtungen oder deren Akteur*innen schon seit längerem finanziell mit dem Rücken an der Wand. Durch die allgemeinen Kostensteigerungen in den letzten Jahren bedeutet eine Nichtkürzung in vielen Fällen nicht einfach Stagnation, sondern dass auf Dauer nicht einmal mehr das Existenzminimum gesichert werden kann. Am Beispiel der Schule der Phantasie konnte man am Anfang des Jahres gut sehen, was das Fehlen von nur ein paar Tausend Euro im Jahr bereits für Konsequenzen gehabt hätte: Der seit langem geplante Umzug schien nicht mehr realisierbar und die Synergieeffekte im „Haus der kulturellen Bildung“ wären ohne diese wenigen Tausend Euro ausgeblieben. Ähnlich war es beim Mietzuschuss für den Zukunftssalon Tataa am Grünen Markt. Wir reden hier zum Teil von Kleinstbeträgen, die aber über das Wie und Ob von Kulturschaffenden und/oder sozial handelnden Akteur*innen in der Stadtgesellschaft entscheiden. Zuschüsse von ein paar Tausend Euro, die über Jahre nicht an die neuen finanziellen Lebensrealitäten angepasst werden, sind am Ende des Tages doch nur Gelder, die zu wenig sind zum Leben – aber zum Sterben zu viel.

Der Verzicht auf notwendige Investitionen bedeutet für die Stadt Fürth bei gleichzeitigen ungünstigen Rahmenbedingungen (wie z.B. Sparauflagen zum Erhalt der Stabilisierungshilfen oder sinkende Steuereinnahmen), dass viele wichtige stadtgesellschaftlich notwendige Projekte und Maßnahmen nur auf die lange Bank geschoben werden. Wir fahren somit Jahr für Jahr auf Verschleiß, weil wir z.B. in den Bauunterhalt viel zu wenig Geld investieren. Die Stadthalle mag hier als Beispiel herhalten. Als Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN haben wir bereits vor vielen Jahren die Sanierung der in die Jahre gekommenen Stadthalle immer wieder in den Haushaltsberatungen aufgerufen. Passiert ist nichts – bzw. doch – jetzt ist etwas passiert – nämlich der Worst Case. Wir müssen die Stadthalle nun spätestens im Sommer 2026 schließen und verlieren für lange Zeit einen Kulturort, ohne heute zu wissen, woher wir als Kommune das Geld für eine Sanierung nehmen sollen. Es entstehen ja nicht nur Kosten in zweistelliger Millionenhöhe für die Sanierung – es fallen auch auf Jahre hinaus Einnahmen weg, die dem städtischen Haushalt schmerzlich fehlen werden.

Diese verschleppten Investitionen sind letztendlich nichts anderes als Schulden für die nachfolgenden Generationen – und werden unter dem Strich höhere Kosten verursachen als die Zinsen, die wir bei frühzeitiger Kreditaufnahme für zwingend notwendige Investitionen gezahlt hätten.

Dass wir trotz knapper Kassenlage investieren können und müssen, sehen wir gut bei den beiden Gymnasien, die gerade in der Innenstadt entstehen. Sowohl das Heinrich-Schliemann- als auch das Helene-Lange-Gymnasium können hoffentlich wie geplant an den Start gehen. Gleiches gilt dann für das vierte Gymnasium – das über lange Zeit für nicht notwendig erachtet wurde – und jetzt plötzlich unabdingbar ist. Doch bei all den Investitionen in den Bau dreier Gymnasien in der Innenstadt dürfen wir die Grund- und Mittelschulen nicht aus den Augen verlieren, die zum Teil seit langem ebenfalls auf Investitionen in den Gebäudeunterhalt warten.

Ein weiteres Sorgenkind bleibt die Berufsschule II, auch wenn zuletzt viel Geld geflossen ist, u.a. für den Umbau einiger Räume und die Dachsanierung. Der Umstand, dass eine Sanierung des Bestandsgebäudes nun vermutlich doch realisiert werden kann – ebenfalls eine langjährige Forderung meiner Fraktion – lässt Gutes hoffen – auch wenn bis dahin noch eine Durststrecke zu überwinden ist.

Wir nehmen in diesem Zusammenhang aber positiv zur Kenntnis, dass zunehmend der Fokus auf den Erhalt von Bestandsgebäuden gerichtet wird. Viel zu oft wurden in der Vergangenheit Gebäude

einfach abgerissen und durch einen Neubau ersetzt. Schön, dass sich hier endlich die urgrünen Grundgedanken von Nachhaltigkeit und Erhalt der sogenannten „grauen Energie“ durchsetzen.

Dagegen ist der viel zu sorglose Umgang mit Baumfällungen immer noch ein leidiges Thema, das verstärkt auch ins Blickfeld der öffentlichen Wahrnehmung rückt. Ob das nun Schulbauten in der Innenstadt waren, oder in den aktuellen Diskussionen um das neue Hallenbad bzw. die Nutzung des Areals um die Villa Hirschmann – viel zu oft werden alte Bestandsbäume geopfert. Aufkeimende Kritik wird mit Ausgleichsflächen und Nachpflanzungen abgetan. Dabei gibt es häufig gute Alternativen, die einen Bau trotz Erhalt der meisten Bäume ermöglichen. Man muss nur hartnäckig genug nach Lösungen suchen. Wenn es um Klimaschutz und Nachhaltigkeit geht, dann sollte stets Gründlichkeit vor Schnelligkeit gehen – und sich dies auch in den Bauplanungen widerspiegeln. Die Suche nach der besten Lösung im Sinne von Klimaschutz und zunehmend notwendigen Klimaanpassungsmaßnahmen sollte immer Vorrang haben vor vermeintlichen Kosteneinsparungen. Letztendlich dient dies nicht nur der Natur – sondern auch immer den Menschen.

Zugegeben – der dafür erforderliche politische Spielraum ist häufig klein und unsere Entscheidungsmöglichkeiten hier im Stadtrat werden eingeschränkt durch gesetzliche Anforderungen, Förderrichtlinien, Vorgaben der Regierung von Mittelfranken – Stichwort Stabilisierungshilfen – oder durch Aussagen von Frau Dr. Ammon als Stadtkämmerin, dass die notwendigen finanziellen Mittel nicht vorhanden seien. Doch in diesem Jahr haben wir erneut (!) eine Wahl, uns – der Politik – die erforderliche finanzielle Beinfreiheit zu verschaffen und gleichzeitig die aktuelle Situation zu verbessern. Ich spreche erneut von den bestehenden Brücken in Fürth – und deren weiterer Nutzung bzw. Folgebauten. Als wir als Fraktion das Thema Brücken zu den Haushaltsberatungen aufriefen, ernteten wir zunächst wenig Zustimmung. Inzwischen ist das Brückenthema kein alleiniges Fürther Thema mehr, sondern in vielen deutschen Kommunen landauf und landab. Viele Brücken, z.B. über den Main-Donau-Kanal, wurden in den 1970er Jahren fertiggestellt und drohen nun nach knapp 50 Jahren gleichzeitig zum Sanierungsfall zu werden. Im September sensibilisierte der unerwartete Einsturz der Carolabrücke in Dresden auf dramatische Weise die Fachdienststellen und die Politik. Auch in Fürth gibt es Grund zur Sorge, denn alle sieben Brücken über den Main-Donau-Kanal auf dem Fürther Stadtgebiet stammen mindestens aus den Jahren 1969 bis 1971, die Forsthausbrücke wurde sogar schon 1962 gebaut. Selbst die beiden Fußgängerstege über den Kanal sind aus den 1960er Jahren.

Was heißt das aber nun für die aktuelle Situation? Drei von sieben Brücken sind momentan Sanierungsfälle – die Zirndorfer Brücke musste zum Teil schon gesperrt werden, die Hafenbrücke ist nicht mehr sanierungsfähig und auch die Farrnbacher Brücke in Sichtweite muss über kurz oder lang saniert werden. Wir als Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN stellen deshalb erneut die Frage: Braucht es in Zukunft wirklich so viele Brücken? Diese Frage ist keine ideologische Frage – auch wenn diese sieben Brücken in einer Zeit entstanden sind, in der der motorisierte Individualverkehr als das Maß aller Dinge im Bereich der Fortbewegung galt. Nein, es ist eine politische, finanzielle und letztlich rein pragmatische Frage. Zwischen Farrnbacher Brücke und Hafenbrücke liegen gerade einmal 600 Meter. Auf dieser Strecke gibt es auf beiden Seiten des Kanals geeignete Grundstücke, die mit einer neuen Brücke verbunden werden könnten, sodass wir statt zwei neuer Brücken langfristig nur eine Brücke erhalten müssten und enorme Folgekosten einsparen könnten. Auch für die Verkehrsströme während der Bauphase hat unsere Variante der neuen Mittleren Hafenbrücke erhebliche Vorteile: Würde man tatsächlich (wie von der Verwaltung geplant) die Hafenbrücke abreißen und an gleicher Stelle den Neubau errichten, gäbe es Umleitungen mit erheblichen Verkehrseinschränkungen für mindestens 3 oder 4 Jahre. Wenn dagegen unsere Idee realisiert wird und die neue Brücke zwischen den bestehenden beiden Brücken gebaut wird, kann der Verkehr zum Gewerbegebiet am Hafen während der gesamten Bauphase ungehindert weiter über die Hafenbrücke fließen, die man danach

in Ruhe zurückbauen kann, wenn der Verkehr dann schon über die neue Brücke geleitet wird. Das spart Geld, ist effizient – und stärkt den Wirtschaftsstandort Fürth!

> Nicht unerwähnt bleiben sollte an dieser Stelle auch – dass die benachbarte Stadt Erlangen lediglich vier Brücken über den Kanal hat – und trotzdem als Stadt und als Wirtschaftsstandort funktioniert. Noch ein Vergleich gefällig? Die Stadt Köln hat als Millionenstadt nur 5 Brücken über den Rhein – und wir leisten uns den Luxus von alleine 7 Brücken über den Kanal – zusätzlich zu Trogbrücken und allen weiteren Brücken im Stadtgebiet über Pegnitz, Rednitz und Regnitz (weitere acht Brücken!).

Wenn man unterstellt, dass eine Brücke mindestens 20 Mio. Euro kostet, dann könnten wir als Kommune dieses eingesparte Geld wunderbar für den Zuschuss zum Sozialticket verwenden, könnten den Ausbau des (barrierefreien) ÖPNV beschleunigen, insgesamt mehr Geld in Infrastrukturmaßnahmen stecken und deutlich mehr Geld für Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen investieren. Wir könnten die Leistungen für Kulturschaffende und Engagierte im sozialen Bereich erhöhen sowie für die Kinder- und Jugendbetreuung. Für das Geld ließe sich vermutlich auch endlich ein selbstverwaltetes und längst überfälliges Jugendzentrum realisieren – oder der erste Aktivspielplatz, den wir als Fraktion schon seit Jahren fordern, weil Fürth als einzige Stadt in der Region immer noch mit leeren Händen da steht. Während es im Nürnberger Stadtgebiet bereits 20 solche pädagogisch betreuten Angebote für Kinder und Jugendliche gibt, steht in Fürth noch die fette Null!

Lassen sie mich abschließend noch etwas zum Stellenplan sagen. Zunächst möchten wir der Stadtkämmerei danken, dass inzwischen die vollständige Transparenz in Hinblick auf beantragte Stellen und deren Bewertung für uns Stadträtinnen und Stadträte hergestellt wurde, was wir GRÜNEN uns schon lange gewünscht haben. Das erleichtert uns die Arbeit ungemein, schärft den Blick und schafft Verständnis für Entscheidungen, auch wenn sie manchmal schmerzen.

Eine weitere Forderung von uns GRÜNEN war und ist eine realistischere Berechnung des Springerpools für die Kinderbetreuungseinrichtungen. Eine Krankheitsquote, die erst ab dem 30. Krankheitstag gemessen wird, verschleiert die tatsächlichen Engpässe. Ab dem nächsten Jahr wird sich diese Berechnung auf unsere Anregung hin an den realen Krankheitsquoten orientieren. Wir sind uns schon heute sicher, dass das Alleinstellungsmerkmal des Springerpools in der Kinderbetreuung zur weiteren Attraktivitätssteigerung der Stadt Fürth als Arbeitgeber führen wird. Dennoch – und diese Kritik bleibt bestehen – ist ein pauschaler Stellendeckel aus heutiger Sicht nicht zielführend. Viel zu viele Projekte, Baugenehmigungen, Verkehrsplanungen, Wohngeldanträge etc. bleiben viel zu lange liegen – nicht weil das Personal unwillig ist – nein – es ist in vielen Bereichen chronisch überlastet. Ein Schlüssel für eine weiterhin funktionierende Verwaltung bei einer gewachsenen und weiter wachsenden Bevölkerung ist die ausreichende Besetzung der Dienststellen. So würde aus unserer Sicht so manches Problem in der Stadtverwaltung – aber auch für Bevölkerung und Antragsteller*innen – erst gar nicht entstehen. Darüber hinaus brauchen wir – auch das wurde bereits in der Vergangenheit angesprochen – einen gewissen Bürokratieabbau, einen manchmal etwas pragmatischeren Ansatz in der Umsetzung von Entscheidungen und vor allem eine deutlich vereinfachte und beschleunigte Einstellungspraxis von neuem Personal. Uns ist bewusst, dass es nicht nur im Gesundheitswesen einen Fachkräftemangel gibt, sondern z.B. auch im Baubereich – aber Bewerbungsverfahren, die sich zum Teil über ein dreiviertel Jahr hinziehen, sind nicht hinnehmbar. Nur mit schnelleren und kürzeren Entscheidungswegen können wir als Arbeitgeber „schneller“ als unsere Konkurrenz im Großraum sein.

Ich komme zum Ende meiner Rede. Es gibt das Sprichwort, dass man den Gürtel enger schnallen muss, um so einen größeren finanziellen Spielraum zu bekommen. Hier sehen wir durchaus große

Übereinstimmungen mit den Vorlagen der Stadt Fürth bzw. den Anträgen der demokratischen Kräfte hier im Stadtrat.

> Gerade das Fehlen von eigenen Anträgen oder Impulsen von anderen Parteien, die sich streckenweise für ihre Arbeitsverweigerung im Stadtrat feiern lassen, zeigt erneut, wie wenig zuverlässig und verantwortungsvoll deren politisches Handeln ist.

In einigen anderen Punkten bleibt aber ein Dissens. Wir würden z.B. gerne darauf verzichten, manchen Bauträgern durch finanzielles Entgegenkommen beachtliche Geldgeschenke zu machen – Stichwort Hornschuchcampus – während andere Bauträger durch lange Entscheidungsfindungen und immer neue Regelwerke ausgebremst werden, was indirekt die Baukosten in die Höhe treibt. Und wir haben den Eindruck, dass die geplanten Kürzungen oder Verschiebungen von Investitionen in eine ungewisse Zukunft den Gürtel irgendwann reißen lassen. Wir wollen z.B. eine wesentlich ausgeprägtere Finanzierung für Klimaschutzmaßnahmen, für den Ausbau von ÖPNV und von Fuß- und Radwegen, aber auch in der Flexibilität im Umgang mit neuen Ideen – Stichwort: Brückenbau.

Wir bauen ihnen heute erneut die Brücke – unseren Anträgen mit zuzustimmen – für eine lebens- und liebenswerte Kleeblattstadt Fürth.